

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postfach Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 157.

Montag, 10. Juli 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Gretha, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Konsumtion für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Während der Beurlaubung des unterzeichneten Amtshauptmanns vom 13. Juli bis 12. August dieses Jahres ist die Stellvertretung desselben dem Herrn Regierungsdirektor **Frei Herrn von Gruben** übertragen worden.
Großenhain, am 8. Juli 1893.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.
v. Wilck.

A. 188.

Vom Reichstag.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die Beratung der Militärvorlage fort. Abg. Gröber (Centrum) erklärte: Die neue Vorlage unterscheidet sich von der vorigen so wenig, daß Alles, was gegen die vorige vorgebracht worden ist, auch gegen diese gilt. Meine Fraktion hat deshalb beschlossen, der Vorlage gegenüber keine andere Stellung einzunehmen, als gegenüber der ursprünglichen Vorlage. Dieser Bescheid ist gefaßt worden mit Zustimmung aller zahlreichen neuen Mitglieder der Fraktion. Wir sind von der Nothwendigkeit einer Steigerung der jetzigen Friedenspräsenzstärke nicht überzeugt und halten die Vorlage weder aus militärischen, noch aus politischen, noch aus wirtschaftlichen Gründen für geboten. Der Reichskanzler behauptet, daß wir zur Defensivseite stark genug sind, nicht aber zur Offensivseite. Wenn wir zur Defensivseite stark genug sind, so wird sich Jeder hüten uns anzugreifen. Die numerische Ueberlegenheit Frankreichs ist umsonst von Werth, als die dortige Bevölkerung immer mehr ab, unsere immer mehr zunimmt. Und hat denn der mitteleuropäische Bund gar keinen Werth? Wenn man glaubt, daß dieser einmal in die Brüche geht, warum arbeitet man dann nicht auf ein festeres organisches Verhältnis zu Oesterreich hin? Betreffs der politischen Nothwendigkeit hat man auf die Studentenunruhen in Paris hingewiesen, welche die französische Regierung erschüttert haben. Die Regierung, die durch solche Unruhen erschüttert wird, bietet keine Gefahr (Zustimmung), ebensowenig ein Volk, das so corumpirt ist, wie es sich in Frankreich gezeigt hat. Sodann spricht Abg. von Bennigsen: Die Regierungen haben oft genug erklärt, daß sie für sich allein nicht zu solchen Rüstungen greifen würden, daß sie es aber thun müßten wegen der geographischen Lage des neuen deutschen Nationalstaates, der umgeben sei von Militärstaaten ersten Ranges, die sehr wohl eine Coalition gegen Deutschland bilden könnten und die von Jahr zu Jahr rüsteten. Der Vorredner vertiefte sich auf die französische Corruption. Kann er aber behaupten, daß auch die französische Armee corumpirt ist? Die militärischen Autoritäten Deutschlands behaupten im Gegentheil, eine so solide Armee habe Frankreich noch nicht gehabt. In Frankreich herrschen solche Zustände, daß unsere Regierung vollen Anlaß hat, die dortigen Vorgänge sorgfältig zu beobachten. In der Commission ist unwiderleglich nachgewiesen worden, daß die Franzosen uns überlegen sind. Deutschland muß aber mindestens den beiden großen Nachbarn einzeln überlegen sein. Aldann wird der Revanchegedanke an Boden verlieren. Will der Reichstag seine Stellung behaupten, dann wird von ihm verlangt werden müssen, daß er in den Lebensfragen der Nation zu einer festen Stellung gelangt; sonst ist freilich zu befürchten, daß sein Ansehen in der Nation sinkt. Hoffentlich wird der Reichstag seinen Aufgaben gerecht werden. (vehementer Beifall.) Reichskanzler Graf v. Caprivi: Die Ausführungen des Abg. Gröber haben gezeigt, daß die demokratische Richtung im Centrum immer weitere Fortschritte gemacht hat, so daß das Centrum aus einer confessionellen Partei in eine politische und zwar eine demokratische übergeht. Der Abg. Gröber hat die Regierung angegriffen, als ob sie unehrlich gehandelt habe. Bezüglich der Deckungsfrage begreife ich nicht, wie man das Verhalten unehrlich nennen kann, daß ich Dinge nicht sage, die ich zum Theil gar nicht weiß und zum Theil nicht sagen will, weil ich befürchte, daß dadurch eine Beunruhigung des Erwerbslebens entsteht. Die strategische Seite der Vorlage spricht sich zu der Frage zu, ob man Anhänger der Quantität oder Qualität sei. Jeder muß aber zugeben, daß die Quantität und die Qualität eine Grenze hat; daß, wenn die Qualität eine Grenze hat, dann keine Erfolge zu erzielen sind, das lehrt jede Seite der Geschichte. Je schlechter die Truppe, desto blutiger und desto länger ist der Krieg. Dies Recept giebt uns auch der Abg. Gröber. Wollten wir nach einem Siege in Frankreich stehen bleiben, was übrigens nicht von uns, sondern von Frankreich abhängt, so hieße das,

den Krieg in infinitum verlängern. Das Urtheil aller militärischen Autoritäten geht dahin: wir haben nicht so viel Truppen als wir gebrauchen, um einen Krieg erfolgreich zu Ende führen zu können. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Zahl der Truppen zu vermehren. Die verbündeten Regierungen können von dieser Ueberzeugung nicht zurückgehen. (Beifall rechts.) Abg. Preis (Elbflücker und Protektor) erklärte: Wir sind nach wie vor Gegner der Vorlage. Alle Anfeindungen und Drohungen lassen uns kalt. Wir werden den Weg, den wir für richtig halten, weitergehen. Wir stimmen so, wie wir es nach Recht und Pflicht für richtig halten. Abg. Dr. Böckel (Deutsche Reformpartei) erklärte sich mit den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers über die Deckungsfrage nicht befriedigt und bittet um weitere Mittheilungen, namentlich über die Börsensteuer. Wenn der Reichskanzler mittheilen könne, welche Steuern er vorzulegen gedenkt, so könnte die Reformpartei für die Militärvorlage stimmen. Der Reichskanzler müßte erklären, daß keine neuen Consumsteuern für die breiten Volksmassen, keine Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer, beabsichtigt sei. Der Reichskanzler Graf Caprivi glaubt, daß der Vorredner sich bei seinen gestrigen Erklärungen bezüglich der Deckungsfrage beruhigen könnte und kann den Vorredner nur bitten, zu der Regierung das Vertrauen zu haben, daß sie in dem gestern angegebenen Sinne Alles thun werde, um die Deckungsfrage zu einer geordneten Lösung zu bringen. Abg. Richter vertrat denselben Standpunkt wie früher der Vorlage gegenüber; daran könne die veränderte Anzahl, in der seine Partei zurückgekehrt sei, nichts ändern. Geht es mit den militärischen Forderungen so weiter, so werden die Culturstaaten des Staates nachweislich mehr leiden müssen als jetzt. Redner polemisiert gegen die Nationalliberalen, welche ihre Unterstützung den Concessionen an Sonder-Interessen verdanken. Die Deckungsfrage anlangend, wäre ihm eine Börsensteuer ganz recht, wenn dieselbe von den Banquiers getragen würde. Redner verbreitet sich über die Frage des Hopfenmonopols und fordert den Reichskanzler auf, eine Erklärung abzugeben, ob er nicht an ein solches denke und sucht nachzuweisen, daß das französische Cadres-Gezetz zu einer Vermehrung der Armee keinen Anlaß biete, vielmehr würden durch Deutschlands Rüstungen die großen Nachbarstaaten veranlaßt, ihre Rüstungen zu vermehren. Was soll werden, wenn auch der Widerstand des Reichstages gegen die einseitige Verfolgung der militärischen Interessen aufhörte; die freisinnige Partei werde bei ihrem Widerstande beharren. Abg. von Jagdzewski (Pole) erklärte, seine Fraktion werde für die Regierungsvorlage stimmen. (Bewegung.) Sie thue das nicht aus Liebedienerei gegenüber den verbündeten Regierungen oder dem preussischen Senate, sondern in der Ueberzeugung, daß sie auf diese Weise die ihr von den Wählern anvertrauten Interessen richtig vertrete. Sie hoffe, daß die Regierung der schwierigen Lage der Partei Rechnung tragen und ihr in derselben loyalen Weise entgegenkommen werde, wie die Partei dies ihr gegenüber thue. Seine Partei habe ihre Schuldigkeit gethan. (vehementer Beifall.) Abg. Ricker (freisinnige Vereinigung) stimmt dem Prinzip der Vorlage zu. Er wisse, daß er damit nicht gegen das freisinnige Programm verstoße. Zur Deckung der Ausgaben dürste allerdings nicht eine weitere Besteuerung der Lebensmittel erfolgen. Er würde lieber aus dem Liberalismus austreten, als sich zwingen lassen, das Nöthige zur Sicherung des Vaterlandes nicht zu bewilligen. (vehementer Beifall.) Damit schloß die Debatte. Die Berweisung an eine Commission ward nicht beschlossen. — Nächste Sitzung Donnerstag; Zweite Lesung der Militär-Vorlage.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Aus Friedrichshagen wird unter dem 8. d. M. gemeldet: Fürst Bismarck empfing heute Nachmittag den Halbtagzug von 400 Lippern. Auf die

Ansprache des Festredners antwortete der Fürst in hochpolitischer halbständiger Rede, er betonte die außerordentliche Wichtigkeit der Kleinstaaten durch ihr Stimmverhältniß im Bundesrathe, und hoffte, daß sie in Zukunft mehr als bisher vom verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machen, im Reichstage durch die Bundesrathsvertreter ihre Ansicht geltend zu machen. Auch die Einzelstaaten müßten mehr Reichsangelegenheiten in ihre Beratungen ziehen. Der Fürst sprach sich als ein Gegner des Großpreussentums aus und schloß mit einem Hoch auf den Fürsten Woldemar.

Der Schluß der Reichstagsession wird schon am nächsten Sonnabend, spätestens in den ersten Tagen der darauf folgenden Woche erwartet. Von den Anträgen aus dem Hause würden alsdann nur auf die Futternoth bezüglichen zur Verhandlung kommen. Man rechnet jetzt, der „N. N. C.“ nach, auf eine Mehrheit von 30 Stimmen für die Militärvorlage. Je nach den Zufälligkeiten der Präsenz kann sich diese indeß noch wesentlich vergrößern.

Ueber neue Ausöhnungsversuche zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck geht der T. N. nachstehende Meldung zu, die das Blatt indessen mit allem Vorbehalt wiederholt: In ähnlicher Weise, wie seiner Zeit durch den Brief des Prinzen Albrecht von Preußen, bekannt geworden ist, scheint jetzt der Großherzog von Sachsen, der als alter Freund des Fürsten Bismarck gilt, für eine Veröhnung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck thätig zu sein. Darauf deutet anscheinend die jetzige Rundreise des Großherzogs bei den süddeutschen Höfen, und es ist nicht unbemerkt geblieben, das Excellenz von Brauer, der politische Vertrauensmann des Großherzogs von Baden, vor Kurzem der Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichshagen war.

Der Landtag von Sachsen-Meiningen hat einstimmig die Bewilligung eines Darlehens von 300000 M. zur Milderung der Futternoth und Erhaltung der Viehbestände angenommen.

Aus Konstantinopel verlautet, daß das Verbleiben des Generalmajors Frhr. v. d. Goltz in der türkischen Armee bis auf Weiteres gesichert ist. Der Sultan hat in Berlin, man möge Herrn v. d. Goltz, den er nicht missen wolle, dort lassen; deutscherseits wurde geantwortet, man möchte ihn wohl gern wieder haben, aber man sei andererseits gern bereit, jedem erfüllbaren Wunsche des Sultans entgegenzukommen.

Die Abgg. Dr. v. Cuno, Frhr. Hehl v. Hehlstein, Graf Oriola und Dr. Mann haben mit der Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, daß die in den Bundesstaaten dort bereits eingeführten oder in Aussicht genommenen Frachtermäßigungen für Streumittel und Futter auch auf den Inlandverkehr innerhalb des Reiches auf Staats- wie Privatbahnen für die Dauer des Nothstandes ausgedehnt werde.

In der zweiten Hälfte des Juli wird der Kaiser eine Reise an die Ostsee unternehmen, wobei der Besuch der schwedischen Schären in Aussicht genommen ist. Im Spätsommer oder im Herbst reist der Kaiser nach Preußen, um längeren Aufenthalt im Jagdschloß Rominten zu nehmen. Die Kaiserin wird, der „N. N. Z.“ zufolge, ihren Gemahl auf kurze Zeit in Rominten besuchen, um der Einweihung der Capelle beizuwohnen, für deren Bau und würdige Einrichtung sich das Herrscherpaar ganz besonders interessiert.

Zur ferneren Vermeidung von Grenzzwischenfällen sind die französische und die deutsche Regierung, wie der „Dainb. Corr.“ meldet, übereingekommen, eine deutlichere Festsetzung der Grenzlinien vorzunehmen. Vertreter beider Länder werden in kurzer Zeit die ganze Linie abfahren, und man wird vornehmlich dort, wo sie durch hochgelegene Waldungen geht, auf jeder Seite einen 2 Meter breiten, neutralen Zwischenraum frei lassen. Außerdem werden fast alle Grenzpfähle durch andere mehr in die Augen fallende ersetzt werden.